

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16246
Freitag, 11. März 2022

Köstinger im Parlament: Lebensmittelversorgung Österreichs aktuell nicht bedroht	1
Borealis lehnt Übernahme von Düngersparte durch EuroChem ab	1
Krieg in Ukraine und Staatseingriffe beunruhigen Getreidemärkte weiter	2
Angst vor Futtermangel und knappes Angebot treiben EU-Schweinepreise	4
Deutschland nimmt 1 Mio. ha ökologische Vorrangfläche in Produktion	5
Titschenbacher und Schmiedtbauer fordern Nachdenkpause für Green Deal	6
Berlakovich fordert als Folge von Ukraine-Krieg Sicherung von Selbstversorgung	7
Steirische Jungbauern fordern Flächennutzung statt Abhängigkeit	8
Bericht im Landwirtschaftsausschuss zu AMA-Marketing und EU-Vorhaben für 2022	9
Arge-Alp-Agrarreferenten beschließen Maßnahmenplan zu Wolfsmanagement	10
Gmundner Molkerei: Fürtbauer übergibt Obmannschaft an Trinkfass	10

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger im Parlament: Lebensmittelversorgung Österreichs aktuell nicht bedroht

Einsatzstab zur Lebensmittelversorgung im Landwirtschaftsministerium eingerichtet

Wien, 11. März 2022 (aiz.info). - "Aktuell ist die Lebensmittelversorgung in Österreich nicht bedroht", betonte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** am Donnerstag in einer Aussprache zu aktuellen Themen im Landwirtschaftsausschuss des Parlaments. Es gehe weniger um die Verfügbarkeit, sondern um die Entwicklung der Preise. Um schnell reagieren zu können, habe man einen Einsatzstab zur Lebensmittelversorgung in ihrem Ressort eingerichtet. Dominierende Fragen der Abgeordneten waren die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Landwirtschaft. Obwohl die Ministerin derzeit nicht mit Versorgungsengpässen rechnet, könnten jedoch weitere Preissteigerungen nicht ausgeschlossen werden. Man könne noch nicht abschätzen, wie sich ein möglicher Ausfall des großen Weizenexporteurs Ukraine auswirken werde.

Der Krieg sei eine "dramatische Entwicklung" und verursache "unfassbares menschliches Leid", so Köstinger. Daraus würden sich auch gravierende Verwerfungen auf europäischer und globaler Ebene ergeben. Eine zusätzliche Herausforderung seien drohende Versorgungsengpässe in Nordafrika und dem Nahen Osten. Die meisten Fragen könnten nur auf europäischer Ebene gelöst werden. Ein Vorschlag zur Steigerung der Versorgungssicherheit sei etwa der Anbau von Eiweißfuttermitteln auf Brachflächen. Hier erwarte sie eine zeitnahe Entscheidung der EU, informierte Köstinger.

Angesprochen auf eine drohende Hungerkatastrophe in Nordafrika gab die Ministerin bekannt, dass Österreich insgesamt 30 Mio. Euro für Lebensmittellieferungen zur Verfügung stelle, 16 Mio. Euro davon aus dem Landwirtschaftsministerium. Bezüglich der hohen Treibstoffpreise sei ihr Ressort in engem Austausch mit dem Finanzministerium, das aktuell an einem Entlastungspaket arbeite. Zur Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln seien die Gespräche auf fachlicher Ebene beendet. (Schluss)

Borealis lehnt Übernahme von Düngersparte durch EuroChem ab

Beschluss nach Protesten und Ukraine-Krieg sowie Sanktionen gefallen

Wien, 11. März 2022 (aiz.info). - Die Chemietochter der teilstaatlichen OMV, Borealis, gab am Donnerstagabend in einer Aussendung bekannt, nicht zuletzt nach heftigen Protesten aus der Agraröffentlichkeit beschlossen zu haben, das verbindliche Angebot der zu 90% im Eigentum des russischstämmigen und in der Schweiz ansässigen Milliardärs Andrey Melnichenko stehenden EuroChem vom 2. Februar 2022 für den Erwerb ihres Stickstoffgeschäftes (aiz.info berichtete) abzulehnen. Diese Sparte von Borealis umfasst Pflanzennährstoffe, Melamin und technische Stickstoffprodukte.

"Wir haben die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den verhängten Sanktionen eingehend geprüft", so **Thomas Gangl**, Vorstandsvorsitzender von Borealis laut der Aussendung. 75% an Borealis hält die OMV, die wiederum zu 31,5% im Besitz der Verstaatlichten-Holding ÖBAG steht. Die Übernahme war in die Kritik geraten, als Russland jüngst

die Preise des Düngergrundstoffs Gas in die Höhe trieb und als einer der drei größten weltweiten Lieferanten im Zuge der Aggression gegen die Ukraine die Düngemittelbelieferung der Welt als Vergeltung zu westlichen Sanktionen infrage stellte. Damit wurden hierzulande die Stimmen lauter, Österreichs Stickstoffherzeugung müsse im eigenen Land und die Düngemittelversorgung generell in europäischer Hand bleiben.

EuroChem legte ein Anbot über 455 Mio. Euro für die Düngersparte von Borealis und hätte sich mit dieser Akquisition Produktionsanlagen in Österreich, Deutschland und Frankreich sowie ein Verkaufs- und Vertriebsnetz gesichert. EuroChem zählt nach eigenen Angaben zu den weltweit fünf größten Düngemittelproduzenten mit einem Umsatz von 6,2 Mrd. USD (5,48 Mrd. Euro) und hat den Firmensitz in Zug in der Schweiz. Man verfüge über Betriebsstätten für den Abbau von Phosphaten, Kaliumerzen und Nitraten, Verarbeitungseinrichtungen für Dünger, Logistik sowie Vertriebsstandorte in Russland, Kasachstan, Estland, Litauen, Deutschland, Belgien, Brasilien, China und den USA. Man sei mit mehr als 27.000 Mitarbeitern in 100 Ländern aktiv.

Borealis, die offensichtlich auch wegen des Green Deals der EU mit der Einschränkung des Düngemittelsatzes wenig Zukunft in dieser Sparte sehen dürfte, wolle nun verschiedene andere Optionen für die Zukunft des Stickstoffbereiches prüfen. Borealis sei nach eigenen Angaben einer der global führenden Anbieter fortschrittlicher und kreislauforientierter Polyolefinlösungen und europäischer Marktführer in den Bereichen Basischemikalien, Pflanzennährstoffe und mechanisches Recycling von Kunststoffen. Die Konzernzentrale ist in Wien, man beschäftigt rund 6.900 Mitarbeiter und ist in mehr als 120 Ländern aktiv. 2020 erzielte Borealis 6,8 Mrd. Euro Umsatz und 589 Mio. Euro Nettogewinn. (Schluss)

Krieg in Ukraine und Staatseingriffe beunruhigen Getreidemärkte weiter

Sorge und Empörung auch in Österreich - Auch fundamentale Preistreiber

Wien, 11. März 2022 (aiz.info). - Immer mehr Staaten unterbinden den Export von Agrargütern und entziehen damit zusätzlich zum Ausfall der Versorgung aus der Ukraine und aus Russland den internationalen Agrarmärkten noch mehr Ware. Diese panikartigen Versuche, steigende Lebensmittelpreise im eigenen Land dämpfen zu wollen und Krisenlager anzulegen, setzen jedoch nach Meinung heimischer und internationaler Marktexperten die Spirale aus Verknappung und rasanten Preissteigerungen noch schneller in Gang.

Wegen der starken internationalen Verflechtung der Lieferketten wächst somit die Angst vor Versorgungsengpässen weltweit, vor allem aber in ärmeren und von Importen abhängigen Ländern. Die Notierungen an den internationalen Terminbörsen gehen mit der jeweiligen Nachrichtenlage aus der Ukraine panikartig in Riesensprüngen auf und ab. Nach dem raketenhaften Anstieg zuvor setzten ab Wochenmitte teils drastische Korrekturen nach unten ein.

Sorge und Empörung auch in Österreich

Mehr noch als um die unmittelbaren Kriegshandlungen und die Unterbrechung von Agrarexporten aus Russland und der Ukraine sorgt sich der österreichische Kassamarkt um die in der Folge um sich greifenden Eingriffe von Staaten in die Exportgeschäfte - allen voran solche durch den unmittelbaren Nachbarn Ungarn.

Proteste gegen diese Maßnahme Ungarns kamen neben internationalen Marktteilnehmern auch aus dem heimischen Raiffeisensektor. Im Grundsätzlichen richtet sich die Sorge in Österreich darauf, ob die Europäische Kommission einem Aushebeln der Binnenmarktregeln tatenlos zusehen werde, und im Speziellen sorgt sich Österreichs von Lieferungen aus benachbarten Überschussregionen angewiesene Verarbeitungsindustrie um die Rohstoffversorgung in der näheren Zukunft. Damit habe sich die Tätigkeit österreichischer Marktbeteiligter bei Brotgetreide sowie Mais zuletzt vor allem auf sogenannte Kontraktdrehungen konzentriert, wobei man versucht, aus Ungarn kontrahierte Ware nun dort abzusetzen und Ersatzlieferungen für die heimische Verarbeitung in anderen, lieferbereiten Ländern sucht. Der Ölsaatenmarkt liegt zurzeit komplett still, während die Preise von Eiweißschroten aus dem In- und Ausland weiter anziehen. Die Verunsicherung geht auch so weit, dass sich niemand über Preise der kommenden Ernte zu verhandeln, geschweige denn festzulegen traue.

"In der aktuellen Situation sind die Preisentwicklungen unvorhersehbar, weil sie vom weiteren Verlauf der Situation in der Ukraine abhängen", hieß es etwa von der Raiffeisen Ware Austria (RWA) zur APA. In der aktuellen Situation sei das physische Getreidegeschäft sehr gering und die Börsenpreise spiegelten die aktuelle Marktsituation nicht wider. Dies werde sich mittelfristig wieder annähern. Ähnlich sehe die Preisentwicklungen die Mühlengruppe GoodMills. GoodMills, Österreichs und Europas größtes Mühlenunternehmen mit Sitz in Wien sowie 25 Mühlen in sieben Ländern und nach eigenen Angaben das größte Mühlenunternehmen in Zentral- und Osteuropa, könne zudem sagen, dass in allen Ländern, wo man tätig ist, ausreichend Getreide am Markt vorhanden sei, um die Produktion der Mühlen aufrechtzuerhalten, so GoodMills-Chef Leonhard Gollegger. Der Mehlpreis sei bei bestehenden Verträgen gesichert, bei neuen werde es zu Angleichungen an den steigenden Weltmarktpreis bei Weizen kommen.

Immer mehr Eingriffe von Staaten in die Märkte

Neben Exportbeschränkungen beginnt eine zunehmende Anzahl an Staaten auch Krisenlager anzulegen, die gerade in der akuten Marktlage das Angebot noch weiter künstlich verringern. Nach Ungarn, Serbien, der Ukraine und Moldawien beschloss im weiteren Wochenverlauf Bulgariens Regierung, 1,1 Mio. t Brot- und Futterweizen von den lokalen Produzenten für die Anlage einer Krisenreserve aufzukaufen. Weiters sollen Mais und Sonnenblumenkerne gebunkert werden. Der Staat will dafür umgerechnet knapp 570 Mio. Euro aufwenden. Laut dem stellvertretenden Premierminister Assen Vassilev verfüge Bulgarien über rund 3 Mio. t Weizen, wovon bis jetzt etwa 300.000 t in der Staatsreserve lägen. Vassilev sagte zu Vorwürfen aus dem Getreidehandel, seine Regierung vollziehe einen versteckten Exportstopp durch das Hinauszögern von Verzollungsformalitäten, man habe kein Exportverbot verhängt, aber die Zollbehörden kontrollierten Ausfuhren halt intensiv.

Nach der Einstellung von Düngerexporten verhängt Russland als Vergeltung für westliche Sanktionen Exportverbote für eine 200 Produkte, darunter auch agrarische und forstliche. Temporär bis Ende August sollen vom Stopp der Agrarlieferungen auch die in der Eurasischen Union vereinten Ex-Sowjetrepubliken Armenien, Belarus, Kasachstan und Kirgistan betroffen sein.

Die Ukraine, deren Export wegen der Kriegshandlungen zum Erliegen gekommen ist, will nun ebenfalls für ein Jahr ausreichende Krisenlager an Agrargütern wie Getreide anlegen.

Auch fundamental preistreibende Faktoren

Fundamental drücken Trockenheit in Europa und im Mittelmeerraum sowie in den USA die Aussichten für die kommende Ernte. Ob die Ukraine wegen Mangel an Betriebsmitteln, Maschinen und Arbeitskräften den Frühjahrsanbau schaffen, ihre Kulturen führen sowie die Ernte im Sommer einbringen kann, ist ungewiss und hängt vom weiteren Kriegsverlauf ab. Der Frühjahrsanbau sollte im April starten.

Chinas Winterweizenbestände befänden sich nach exzessiven Regenfällen zur Anbauzeit im schlechtesten Zustand der Geschichte. Die Regierung in Peking wolle nun umgerechnet fast 230 Mio. Euro in die Hand nehmen, um zur Verbesserung des Zustandes notwendige Feldarbeiten zu unterstützen. Es gehe laut Finanzressort dabei um die Versorgungssicherheit, wiewohl China ohnehin auf mehr als der Hälfte der weltweiten Weizenreserven sitzt, die fast für einen Jahresbedarf des Reichs der Mitte ausreichen - im Vergleich zu Reserven für gerade gut einen Monat in der EU.

Gleichzeitig erwacht bei den Importeuren wieder Nachfrage. Algerien schlug diese Woche Weizeneinfuhren von 600.000 bis 700.000 t zu, wovon große Teile aus der EU kommen sollen - nach diplomatischen Verstimmungen auch wieder aus Frankreich. Es zahlt dafür mit umgerechnet rund 441 Euro/t c&f (cost and freight) um etwa 40% mehr als beim letzten Tender am 17. Februar.

Für den Ausfall von möglicherweise 12 bis 14 Mio. t Weizenexport aus Russland und der Ukraine im verbleibenden Wirtschaftsjahr 2021/22 könnten teilweise Frankreich und auch Indien einspringen. Die Marktordnungsstelle FranceAgriMer erhöhte dieser Tage die Exportprognose für die Grande Nation von 8,9 auf 9,7 Mio. t Weizen. Damit würden sich aber auch die erwarteten Endbestände von 3,6 auf 3,0 Mio. t reduzieren.

Nach dem Auf und Ab der letzten Tage notierte am Freitagmittag an der Euronext in Paris der Mai-Weizenkontrakt bei 368,25 Euro/t, der zur Lieferung im Dezember bei 309,50 Euro/t, Juni-Mais bei 344,50 Euro/t und neue Ernte im November bei 268,75 Euro/t. Der Mai-Liefertermin von Raps stand bei 884,50 Euro/t und jener neuer Ernte im August bei 755,75 Euro/t. (Schluss) pos

Angst vor Futtermangel und knappes Angebot treiben EU-Schweinepreise

Erzeuger müssen rasanten Anstieg von Kosten und vorangegangene Verluste ausgleichen

Wien, 11. März 2022 (aiz.info). - In nie da gewesenem Tempo und Ausmaß schnellen nun in der EU und auch in Österreich die Preise für Schlachtschweine nach einem mehrjährigen Preistief im Jänner und Februar in die Höhe - aber ebenso rasant die für Futtermittel, Dünger und Energie. Österreich verzeichnet wie das derzeitige Zugpferd Deutschland auch einen neuerlichen Notierungsanstieg für Mastschweine. Die Erzeuger müssen aber neben der Explosion der Produktionskosten bei Futter, Dünger oder Energie vorangegangene Verluste ausgleichen.

Laut Schweinebörse hätten schon Ende Februar die Entspannung bei Corona und ein Produktionsrückgang zu einer Trendwende geführt. Nunmehr seien Versorgungsängste und teilweise Panik preisbestimmende Faktoren. In Zuschussgebieten wie Spanien, wo man zu 50% von Lieferungen aus dem Krisengebiet abhängig sei, und Italien ist zudem die gefährdete Futtermittellieferung wie mit Mais ein großes Thema. In Frankreich, Spanien und Italien deckeln allerdings die Regularien der dortigen Notierungsstellen ungebremste Preisanstiege. Hingegen fügte die deutsche Schlachtschweine-Notierung dem historischen Sprung der Vorwoche um 18 Cent/kg Mitte dieser Woche einen neuerlichen von 25 Cent/kg hinzu - damit hat sie innerhalb von vier Wochen um 46% zugelegt. Ebenso wurde an der Österreichischen Schweinebörse ein Plus von 25 Cent/kg auf 1,87 Euro/kg in Anbetracht der knappen Versorgungslage ohne großen Einwand der Abnehmer zur Kenntnis genommen.

Österreich: Nicht Preis, sondern Verfügbarkeit im Vordergrund

Das Angebot schlachtreifer Schweine ist laut Börse hierzulande abermals rückläufig. Wurden im Jänner noch wöchentlich 100.000 und mehr Schweine geschlachtet, so zählt die zu Ende gehende Woche nur mit Mühe 90.000. Der Streit um jedes Schwein sei damit voll entbrannt, und nicht der Preis, sondern die Verfügbarkeit stehe momentan im Vordergrund. Am Fleischmarkt dominiere nur ein Thema: Wie schnell können die stark steigenden Rohstoffpreise umgesetzt werden? Der Widerstand der Handelsketten bei Wurst und Schinken ist dem Vernehmen nach aber groß.

Als Zuchten-Notierungspreis in Österreich nennt die Schweinebörse 1,15 Euro und für die Kalenderwoche 10 einen Ferkelpreis von 2,35 Euro.

Deutschland: Preise bei Handel nicht immer durchsetzbar - Noch billigere Altlager da

In Deutschland mit den Rekordanstiegen der Notierungen heißt es, die Schlachtunternehmen müssten zurzeit die Preisvorgaben der Erzeugerseite akzeptieren und versuchen, höhere Schweinepreise über die Verkaufspreise von Teilstücken wieder hereinzubringen. Dies gelinge zwar nicht immer in vollem Umfang, doch gebe es noch aus dem Jänner umfangreiche Lagerbestände von günstig eingekauftem Fleisch, das nun mit guten Profiten verkauft werden könne. Die Erzeugerseite kämpfe hier ebenso damit, rasant steigende Produktionskosten und die Verluste aus den Vormonaten auszugleichen. (Schluss) pos

Deutschland nimmt 1 Mio. ha ökologische Vorrangfläche in Produktion

Özdemir lädt zu außerordentlicher Agrarministerkonferenz der G7-Staaten

Wien, 11. März 2022 (aiz.info). - Nach einem Streit in der deutschen Regierungskoalition will der grüne Landwirtschaftsminister **Cem Özdemir** laut Agenturmeldungen nun doch mit einer Ausnahmeregelung heuer gut 1 Mio. ha "ökologische Vorrangflächen" für die Produktion von Futter freigeben. Dies soll nun wegen der weltweit angespannten Agrarmärkte und explodierenden Futtermittelkosten möglich werden. Bisher verweigerten sich Grüne und SPD dieser Forderung des Koalitionspartners FDP und auch der CDU/CSU-Opposition. Die Maßnahme soll den Preisanstieg bei Futter mildern. Weiters sollen Programme für mehr regional erzeugte Futtermittel und für mehr

erneuerbare Energien in der Landwirtschaft auf Gleis gebracht werden. Auf EU-Ebene wolle man sich für Lösungen einsetzen, die Fütterung in der Bio-Tierhaltung weiter zu ermöglichen, sollte Bio-Futter aus der Ukraine ausbleiben. Özdemir lud am Freitagmittag zudem als deren derzeitiger Vorsitzender zu einer virtuellen außerordentlichen Agrarministerkonferenz der G7-Staaten.

Dabei sollen laut Bundesagrarministerium (BMEL) die internationalen Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine diskutiert werden. Im Zentrum stehen eine gemeinsame Analyse der globalen Ernährungssicherung und Fragestellungen, wie Märkte für landwirtschaftliche Produkte und Produktionsmittel offengehalten und stabilisiert werden können. Die Lebensmittelversorgung in der EU sei zwar gesichert, jedoch sei mit größeren Engpässen in anderen Ländern, wo jetzt schon Nahrungsknappheit etwa aufgrund von Dürren herrsche, zu rechnen. Jedoch sei auch in den Industrieländern mit Preisanstiegen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zu rechnen.

Die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation FAO mit Sitz in Rom spricht davon, in Asien, im Nahen Osten und in Afrika könnte sich die Zahl unterernährter Menschen 2022/23 zwischen 8 und 13 Mio. erhöhen, und die Preise drohten zwischen 8 und 20% anzusteigen. Analysten sehen darin ein Potenzial für neue Unruhen wie zuletzt im Arabischen Frühling. (Schluss)

Titschenbacher und Schmiedtbauer fordern Nachdenkpause für Green Deal

EU muss Agrar- und Forstpolitik anpassen und Versorgungssicherheit stärken

Graz, 11. März 2022 (aiz.info). - Aufgrund des Ukraine-Krieges drohe die Ukraine als Kornkammer Europas und viertgrößter Weizenproduzent weltweit als Exporteur länger auszufallen. In Österreich sei die Versorgung durch die heimische Landwirtschaft gesichert, doch komme es auf dem Weltmarkt zu massiven Verwerfungen, die vor allem ärmere Länder mit voller Wucht treffen könnten. "Umso wichtiger ist es, die heimische und die EU-weite Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und agrarischen Rohstoffen zu stärken", betonen der steirische Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Franz Titschenbacher** sowie EU-Abgeordnete **Simone Schmiedtbauer** und verlangen eine Nachdenkpause für den Green Deal, der die land- und forstwirtschaftliche Produktion in Europa einschränkt.

Forderung 1: Ernährungssicherheit garantieren und Landwirtschaft mit Green Deal stärken statt schwächen

Der Green Deal verfolgt mit der Farm to Fork- und der Biodiversitätsstrategie teils sehr vernünftige Ziele, wie die Reduktion von Nährstoffverlusten. Er schwächt jedoch die heimische und europäische Produktion insgesamt, denn die Produktion von Getreide, Ölsaaten oder Rindfleisch würde stark zurückgehen sowie Fleisch, Milch, Obst und Gemüse erheblich teurer werden, bestätigen Studien. In diesem Lichte verlangen Titschenbacher und Schmiedtbauer die vorgesehene Halbierung der Pflanzenschutzmittel-Verwendung differenzierter zu beurteilen und die pauschale Verminderung der Düngemittel-Verwendung um 20% neu zu bewerten. Beide Landwirtschaftsvertreter: "Hohe Sorgsamkeit beim Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln durch die Landwirtschaft ist eine Selbstverständlichkeit, und die hohen Zulassungsstandards in Europa geben zudem Sicherheit." Schmiedtbauer: "Durch Putins Aggression haben sich mit 24. Februar 2022 sämtliche

Rahmenbedingungen der EU völlig verändert. Jetzt müssen Ernährungssicherheit und Energieunabhängigkeit das oberste Ziel sein und produktionsbehindernde Politiken pausieren oder angepasst werden. Außerdem müssen im Namen des Umweltschutzes stillgelegte Anbauflächen vorübergehend wieder für die Lebensmittelproduktion genutzt werden. Allein in Österreich könnte so eine Fläche von rund 7.800 ha zusätzlich mobilisiert werden, deren Bewirtschaftung einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten kann."

Forderung 2: Nachhaltige und integrative Waldwirtschaft in Österreich nicht abdrehen

Der in Österreich nachhaltig und nachweislich biodiversitätsfördernde bewirtschaftete Wald ist in Kombination mit der Verwendung von Holz als Baustoff ein riesiger Speicher für klimaschädliches Kohlendioxid, der den Klimawandel messbar bremst. Außerdem ersetzt Holz viele Produkte, die aus fossilen Rohstoffen hergestellt werden. "Doch geplante großflächige Bewirtschaftungseinschränkungen und Außer-Nutzung-Stellungen der österreichischen Waldfläche konterkarieren den nachhaltigen österreichischen Vorzeigeweg in der Forstwirtschaft", lehnen Titschenbacher und Schmiedtbauer diese im Green Deal vorgesehenen ideologiebehafteten Vorhaben strikt ab. Sie begründen: "Wälder stillzulegen und sie zu einem Kohlenstoffmuseum zu degradieren statt sie zu nutzen, das heizt den Klimawandel erst richtig an. Außerdem ist jeglicher bürokratische Blätterwald, der die Eigenverantwortung der Waldbesitzer aushöhlt, entbehrlich."

Forderung 3: Mit Bioenergie aus der Gaskrise

Die dramatische Abhängigkeit von russischem Gas und die explodierenden Preise von fossiler Energie gefährden die Energieversorgung in Österreich dramatisch. "Mit Holzenergie können innerhalb weniger Monate entstandene Erdgaslücken in wichtigen Teilbereichen gefüllt werden", so Titschenbacher. Denn in den österreichischen Wäldern schlummern ausreichend Nutzungsrückstände, um neben einem massiven Holzbauprogramm auch den Bedarf von Raum- und Fernwärme sowie Strom für die kommenden Jahre zu decken. "Schon jetzt liefern österreichische Holzenergieanlagen Wärme und Strom von 28 Gigawatt, das entspricht der Leistung von 39 Atomkraftwerken der Größenordnung von Zwentendorf." (Schluss) - APA OTS 2022-10-11/10:27

Berlakovich fordert als Folge von Ukraine-Krieg Sicherung von Selbstversorgung

Neue Herausforderungen für Landwirtschaft müssen in GAP-Reform einfließen

Eisenstadt, 11. März 2022 (aiz.info). - Als Folge des Krieges in der Ukraine steigen die Energie- sowie Lebensmittelpreise und erschweren den Alltag der Bevölkerung. Dazu droht der Ausfall von Ukraine und Russland als wichtige Exporteure von Getreide und anderen Lebensmitteln. Dies schaffe eine neue Situation, die Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln habe höchste Priorität. Dazu fordert der Präsident der Burgenländischen (LK) Landwirtschaftskammer, **Nikolaus Berlakovich**: "Österreich und Europa müssen auch in Zukunft die heimische Lebensmittelproduktion sicherstellen und unabhängig von Importen werden. Um das zu gewährleisten, muss die EU-Kommission die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik einfließen lassen."

Durch die Auflagen der EU im Green Deal und in der Farm to Fork-Strategie könnten in Europa weniger Lebensmittel als bisher erzeugt werden. "Das ist in Anbetracht des Krieges in der Ukraine kritisch zu hinterfragen." Verschärft werde die Lage durch Maßnahmen wie einen Stopp der Getreideexporte in Ungarn. "Unsere Bauern wollen leistbare Lebensmittel für die Bevölkerung produzieren. Wir dürfen sie daran nicht hindern. Angesichts der stark gestiegenen Energie- und Treibstoffpreise sowie Betriebsmittel braucht es ein Maßnahmenpaket. Eine sichere und leistbare Energieversorgung muss auch in Zukunft für die Menschen bestehen bleiben", so Berlakovich. (Schluss) - APA OTS 2022-10-11/14:22

Steirische Jungbauern fordern Flächennutzung statt Abhängigkeit

Krisenstab wegen Marktverwerfungen gefordert - Appell für Unterstützung grüner Energie

Graz, 11. März 2022 (aiz.info). - "Wir müssen jetzt alles tun, um den Menschen in der Ukraine zu helfen und die Versorgung mit Lebensmitteln in Österreich und Europa zu sichern", so die steirischen Jungbauern zum Krieg in der Ukraine und den Marktverwerfungen in der Folge. Das heißt, "dass wir den Weg der Ökologisierung konsequent weitergehen und möglichst alle Flächen für die Lebensmittelproduktion nutzen wollen". Eine Flächen- und somit Ertragsreduktion, wie sie im Green Deal vorgesehen ist, wäre jetzt die falsche Antwort. Vielmehr fordern die Jungbauern ein vorübergehendes Aussetzen der 4%igen Flächenstilllegung, einen Stopp der Verbauung wertvoller Ackerflächen mit Photovoltaikanlagen sowie die konsequente Verfolgung des Zielpfades von 2,5 ha/Tag. "Lieber Flächen nachhaltig nutzen, anstatt Flächen stillzulegen und Abhängigkeiten bei Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie weiter zu dulden", so der Obmann der steirischen Jungbauern, **Ralf Wagner**.

Es brauche Klarheit für die in wenigen Wochen beginnende Aussaat. Sollten die Agrarmärkte weiterhin Achterbahn fahren und heimische Landwirte Tierfutter oder Treibstoff nicht mehr bezahlen können, sei der im Landwirtschaftsministerium eingerichtete Krisenstab gefordert, rasch einzugreifen und zu stabilisieren. Schließlich fordert man angesichts der drastischen Importabhängigkeit von russischem Gas mehr Unterstützung für grüne Energie. Biogas könnte die Energieversorgung Österreichs stützen. Biogasanlagen seien eine strategische Kraftstoffreserve, da das nachhaltige Gas saisonal gespeichert werden könne und flexibel nutzbar sei. Allein mit organischen Abfällen sei es möglich, 20% des inländischen Erdgasbedarfs zu ersetzen. Zirka 100 Mio. m³ Biomethan könnten kurzfristig durch Umrüstung bestehender Biogasanlagen auf Gaseinspeisung zur Verfügung gestellt werden. "Wir fordern Energieministerin Leonore Gewessler auf, jetzt rasch einen langfristigen gesetzlichen Rahmen für Biogas und grünes Gas zu schaffen", so die steirischen Jungbauern. (Schluss)

Bericht im Landwirtschaftsausschuss zu AMA-Marketing und EU-Vorhaben für 2022

EU-Kommission muss GAP-Strategie bis Jahresende absegnen - Österreich gegen Mercosur

Wien, 11. März 2022 (aiz.info). - Am Donnerstag behandelte der parlamentarische Landwirtschaftsausschuss in Wien Berichte zur Tätigkeit der AMA-Marketing 2020, zu den EU-Vorhaben für 2022 und zum Härtefallfonds. Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** verwies auf die wichtige Rolle der AMA-Marketing für die Landwirtschaft.

Qualitätssicherungsprogramme und AMA-Gütesiegel sind zentrale Aufgaben. 2020 standen aus Marketingbeiträgen rund 18,9 Mio. Euro zur Verfügung, und es fanden zur Überprüfung der Anforderungen etwa 15.500 Vor-Ort-Kontrollen sowie rund 4.800 Produkt- und Rückstandsanalysen bei Lebensmitteln statt. Der Tätigkeitsbericht zur AMA-Marketing wurde mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen.

Der Geschäftsführer der AMA-Marketing, **Michael Blass**, erläuterte, Deutschland blieb auch 2020 mit Agrarexporten im Wert von rund 4,7 Mrd. Euro - mehr als einem Drittel aller Agrarexporte - mit Abstand wichtigster Abnehmer. Die bedeutendsten Umsatzbringer blieben Milch und Milchprodukte sowie Fleischzubereitungen. Im ersten Pandemiejahr, 2020, habe es eine ausgeglichene Agrar-Handelsbilanz gegeben, für 2021 seien ähnliche Ergebnisse absehbar. 2022 erwartet Blass jedoch wesentliche Verwerfungen durch die Situation in der Ukraine und in Russland. Offen sei, ob es allein zu Preiserhöhungen oder auch zu Produktverknappungen kommen werde. Um die Folgen für die Landwirtschaft abzufedern, denke man darüber nach, Rückstellungen der AMA-Marketing aufzulösen.

Information über wichtige Vorhaben auf EU-Ebene 2022

Zum nationalen GAP-Strategieplan wurde in der EU-Jahresvorschau festgehalten, dass die Genehmigung durch die EU-Kommission bis spätestens Ende 2022 abgeschlossen sein muss, um mit der Umsetzung ab 2023 starten zu können. Zur Farm to Fork-Strategie sollen 2022 etwa Richtlinien zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden, Stärkung des Pflanzenschutzes und Herkunftskennzeichnung bestimmter Erzeugnisse präsentiert werden. Zum Mercosur-Handelsabkommen vertritt Österreich "ein klares Nein". Insbesondere aus landwirtschaftlicher Sicht seien nach wie vor einige Fragen und zentrale Erfordernisse unbeantwortet beziehungsweise unberücksichtigt geblieben. Durch den Krieg in der Ukraine müsse man bei der Lebensmittelsicherheit nun teilweise andere Prioritäten setzen - wie eine europäische Eiweißproduktion. Zudem müsse man hohen Rohstoffpreisen gegensteuern. Köstinger sprach sich klar für den Green Deal aus, und anstatt auf Freihandelsabkommen zu setzen, gelte es, die Produktion in Europa voranzutreiben.

Ende 2021 fast 136 Mio. Euro aus Härtefallfonds für Agrar und Privatzimmervermieter

In den Monatsberichten für Oktober bis Dezember 2021 zum Härtefallfonds in der Land- und Forstwirtschaft inklusive der Privatzimmervermietung informierte das Agrarressort, bis Ende 2021 seien 135,6 Mio. Euro an 14.936 Begünstigte ausgeschüttet worden - davon 65,9 Mio. Euro an die Land- und Forstwirtschaft und 69,7 Mio. Euro an die Privatzimmervermietung. Köstinger räumte ein, dass es bei der Privatzimmervermietung teilweise zu langen Wartezeiten bei der Auszahlung gekommen sei. Bis Ende März wolle man jedoch alle Anträge abarbeiten. (Schluss)

Arge-Alp-Agrarreferenten beschlossen Maßnahmenplan zu Wolfsmanagement

Erhaltungszustand von Wolfspopulationen soll länderübergreifend erfasst werden

Wien/Innsbruck, 11. März 2022 (aiz.info). - Die Agrarreferenten der Arge-Alp-Mitgliedsländer teilten am Donnerstag mit, in Innsbruck einen Maßnahmenplan für ein länderübergreifendes Wolfsmanagement beschlossen zu haben. Ein Kernpunkt sei die grenzüberschreitende Beschreibung des Erhaltungszustandes der Wolfspopulation im Alpenraum durch ein abgestimmtes Monitoring. Auch ein kontinuierlicher Datenaustausch zu den Auswirkungen der Wolfspresenz und die mittelfristige Harmonisierung der genetischen Untersuchungsmethoden seien Teil davon. Für Tirols Agrar-Landesrat **Josef Geisler** führe der Weg zu einer "Regulierung" über die "gemeinsame Betrachtung der Wolfspopulation". Eine "Regulierung" und "Entnahme" des Wolfs sei laut EU-Bestimmungen derzeit nur dann vorgesehen, wenn die Wolfspopulation in einem Nationalstaat in einem "günstigen" Erhaltungszustand sei. Da Großraubtiere und Wölfe keine Grenzen kennen würden, wolle man eine länderübergreifende Bewertung der Wolfspopulation unter Berücksichtigung des Nicht-EU-Mitglieds Schweiz, denn der Wolf sei in Europa und auch im Alpenraum nicht vom Aussterben bedroht.

Dass der Wolf nicht vom Aussterben bedroht sei, zeige, dass man im gesamten Alpenraum von rund 200 Rudeln ausgehen könne. Laut Erhebungen lebten in den Ländern der Arge Alp (ohne die Lombardei) 38 Wolfsrudel. Von 2019 bis 2021 habe die Zahl der nachgewiesenen Wolfsindividuen von 169 auf 298 zugenommen. (Schluss)

Gmundner Molkerei: Fürtbauer übergibt Obmannschaft an Trinkfass

Neuer Obmann soll Zukunft in Fusionsgesprächen mit SalzburgMilch gestalten

Gmunden, 11. März 2022 (aiz.info). - **Josef Fürtbauer** übergibt laut einer Aussendung die seit 2009 innegehabte Obmannschaft der Gmundner Molkerei an seinen Stellvertreter **Johannes Trinkfass**. Der Zeitpunkt wird mit den Gesprächen über einen eventuellen Zusammenschluss mit der SalzburgMilch begründet. Fürtbauer hatte diese Gespräche eingeleitet, aber die "Zukunftsfragen sollen jene klären, die dann auch die Verantwortung haben". Trinkfass (43), der in Taufkirchen an der Trattnach einen Betrieb mit 60 Milchkühen und Milchkälbermast führt, will die Fusionsgespräche konsequent weiterführen. "Die Gmundner Molkerei ist ein Leitbetrieb in der Region, und auch diese

Kompetenz in der Milchverarbeitung kann durch die Zusammenführung der beiden Genossenschaften nachhaltig abgesichert werden", ist er überzeugt. Trinkfass ist seit 2019 Funktionär bei der Gmundner Molkerei eGen, zuerst als Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden, seit Juli 2020 als Obmann-Stellvertreter.

Die genossenschaftliche Gmundner Molkerei vereint rund 2.000 Bauern. Fürtbauer hat die letzten 28 Jahre als Funktionär und seit 2009 als Obmann wesentlich geprägt. Der Aufsichtsratsvorsitzende **Martin Wahl** bedankt sich bei Josef Fürtbauer für den großen Einsatz und die umsichtige Führung des Unternehmens während der vielen Jahre, die auch durch große Veränderungen geprägt waren: "Wir können stolz auf die Entwicklung der Gmundner Molkerei und unsere Marke Gmundner Milch sein, an deren Entwicklung Josef Fürtbauer maßgeblich beteiligt war." (Schluss)